

Für einen Mindestlohn von 12 Euro

Kersten Steinke tritt für die Linke zur Bundestagswahl an und will gegen Armut bei Kindern, Frauen und Rentnern kämpfen



Kersten Steinke hat bereits 16 Jahre die Linke im Bundestag vertreten. Foto: D. Bernkopf

Von Andrea Hellmann

Frau Steinke, Sie bringen es mit Unterbrechungen auf 16 Jahre Bundestag. Was reizt Sie auch dieses Mal wieder anzutreten?

Nach wie vor herrscht in Deutschland eine große soziale Ungerechtigkeit, die sich in Armut vor allem bei Kindern, Frauen und Rentnern zeigt. Und nach wie vor steht in Deutschland obszöner Reichtum einer kleinen Gruppe von Menschen einer immer größer werdenden Gruppe von Menschen gegenüber, die von ihrer Arbeit und ihrer Rente nicht leben können. Ich bin angetreten, um dieser verfehlten Politik auch im nächsten Bundestag Alternativen entgegenzusetzen.

Es gibt Abgeordnete der Linken, die sagen nach zwei Legislaturen sollte Schluss sein. Wie lange wollen Sie den Job als Abgeordnete noch ausüben?

Da gibt es unterschiedliche Sichten. Man darf jedoch auch nicht langjährige Erfahrungen unterschätzen. Ich werde bei der nächsten Bundestagswahl nicht wieder kandidieren.

Seit 2005 sind Sie Vorsitzende des Petitionsausschusses: Beschwerft es Sie der Kummerkasten der Nation zu sein?

Nein. Ich sehe in meiner Arbeit einen Auftrag der Bürger, mich für ihre Belange stark zu machen und ihnen zu helfen, zu ihrem Recht zu kommen oder auch Initiativen anzustoßen, wenn sich bestehende Gesetze gegen die Interessen und das Wohl der Betroffenen richten.

Unterscheiden sich die Briefe aus Ost- und Westdeutschland eigentlich?

Anliegen in Ost und West unterscheiden sich insbesondere in einem Punkt: Ostdeutsche Rentner und Rentenanwärter kämpfen immer noch nach 27 Jahren Einheit um eine gerechte Rente. Es geht vielen um die Anerkennung der Zusatzversorgungssysteme in den verschiedensten Berufszweigen in der DDR. Es gab keine privaten oder Betriebsrenten wie in der BRD, sondern es wurde in Zusatzversorgungssysteme gezahlt, in dem der Staat zur Rente drauflegte. Diese sind fast vollständig im Einigungsvertrag "vergessen" worden. Deshalb sind die Renten für viele im Osten auch niedriger.

Inzwischen sind die "beschwerdefreundlichen" Ossi von den Wessis eingeholt worden. Ansonsten ist festzustellen, dass spezifische Unterschiede zwischen Ost und West allmählich verschwinden und die gesamtgesellschaftliche Problemlage deutlich wird: Es geht um Kitaplätze, Pflege, Gesundheitsversorgung, Asylanträge, Mindestlohn, Breitbandausbau,

In diesem Jahr müssen Sie in einem neuen Wahlkreis. Wie gut kennen Sie das Eichsfeld und den Landkreis Nordhausen?

So ganz neu sind mir das Eichsfeld und der Landkreis Nordhausen ja nicht.

Als Bundespolitikerin aus dem Norden von Thüringen habe ich natürlich auch meine beiden Nachbarkreise mit im Blick gehabt. Als Vorsitzende des Petitionsausschusses konnte ich Petenten aus Nordhausen, Ellrich oder Harztor helfen.

Wo sehen Sie die drängendsten Probleme im Wahlkreis?

Akuter Handlungsbedarf besteht derzeit immer noch beim Bundesverkehrswegeplan. Die Ortsumgehung Greußen und die Sundhäuser Berge stehen bei mir natürlich ganz oben auf der Prioritätenliste. Genau wie die Ortsumgehung Kallmerode.

Außerdem werde ich mich weiter mit den Menschen vor Ort für die Verhinderung der SuedLink-Trasse durch das Eichsfeld und Thüringen stark machen.

Ich möchte, dass die Kommunen in einzelnen Bereichen mehr von Bundesmitteln profitieren. Ich denke aber, es braucht auch bundesseitig ein weiteres Schulinvestitionsprogramm. Wir haben noch einen hohen Investitionsstau, den wir dringend angehen müssen. Auch dafür will ich mich stark machen. Städtebaufördermittel, die sich ja immer aus Bundes- und Landesmitteln speisen, müssen vom Bund erhöht werden. Dann können auch Projekte wie z.B. die Sanierung des Theaters Nordhausen oder des Albert-Kuntz-Sportparks profitieren. Dabei dürfen die ländlichen Regionen nicht aus dem Blick verloren werden. Weiterhin werde ich mich dafür einsetzen, dass der Bundesanteil für die Gedenkstätte Mittelbau-Dora erhöht wird, um mehr pädagogisches Personal vorhalten zu können.

Was wollen Sie anpacken, wenn Sie am 24. September wieder in den Bundestag einziehen sollten?

Der Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Bekämpfung von Armut, vor allem bei Kindern, Frauen und Rentnern sein. Aber auch die Stärkung demokratischer Mitbestimmung durch die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene und die zügige Integration der Zugewanderten. Für die Aufhebung des Kooperationsverbotes und die Verankerung der Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz, die Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro und eine lebensstandardsichernde Rente werde ich mich ebenfalls stark machen. Dafür sind ein gerechtes Steuersystem und eine Vermögenssteuer dringend notwendig. Wenn existenzielle Sorgen der Menschen nicht mehr ernst genommen werden, erwachsen daraus Frust, Wahlenthaltung und wachsende Stimmenanteile für rechte Parteien. Ich kämpfe darum, dass Rechtspopulisten und Rassisten nicht in den Bundestag einziehen.

i